

# MITTEILUNGEN

Humanistische  
Union

der HUMANISTISCHEN UNION E. V.

Zeitschrift für Aufklärung und Bürgerrechte

## Fritz-Bauer-Preisverleihung an Dieter Schenk

Am 16. Juli diesen Jahres wäre Fritz Bauer, einer der Gründer der Humanistischen Union, 100 Jahre alt geworden. An genau diesem Tag zeichnet die HUMANISTISCHE UNION den bekannten Publizisten und Polizeixperten Dieter Schenk mit dem Fritz-Bauer-Preis aus.

Den bereits zwei Wochen nach Fritz Bauers Tod im Jahre 1968 ins Leben gerufenen Fritz-Bauer-Preis erhält in diesem Jahr als 26. Preisträger mit Dieter Schenk eine Persönlichkeit, die sich, darin Fritz Bauer nahe, wie kaum eine andere der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit unseres Landes gewidmet hat.

### Der Preisträger

Bekannt geworden ist Dieter Schenk dabei vor allem durch seine sorgfältigen Analysen der personellen und institutionellen Kontinuitäten im deutschen Sicherheitsapparat nach 1945.

Bemerkenswert war dies zunächst, weil da einer erzählte, der wusste, wovon er sprach: Schließlich war Dieter Schenk lange Jahre beim Hessischen Landeskriminalamt und zuletzt als Kriminaldirektor im Bundeskriminalamt (BKA) tätig. Das BKA verließ Dieter Schenk im Jahr 1989 auf eigenen Wunsch – wegen unüberbrückbarer Gegensätze, insbesondere wegen der behördlichen Ignoranz gegenüber Menschenrechtsverletzungen. Aus den Erfahrungen seiner Tätigkeit entstanden u.a. der Roman „BKA – Die Reise nach Beirut“ sowie „Auf dem rechten Auge blind – Die braunen Wurzeln des BKA“.

Neben der kritischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war Dieter Schenk auch langjähriges Mitglied der *Kritischen Polizisten* und engagierte sich ferner sowohl bei *amnesty international* wie bei *Business Crime Control*.

### Deutsch-Polnische Versöhnung

Die Entscheidung des Bundesvorstandes der HUMANISTISCHEN UNION, Dieter Schenk mit dem Fritz-Bauer-Preis zu ehren, würdigt ganz besonders seine großen Verdienste um die deutsch-polnische Freundschaft. Dieter Schenk hat mit einer Reihe von Veröffentlichungen (u.a. „Die Post von Danzig – Geschichte eines deutschen Justizmordes“) wesentlich daran mitgewirkt, den Schrecken und das Unrecht der Naziherrschaft in unserem Nachbarland und bald auch EU-Partner Polen zu recherchieren und zu beschreiben und damit einen Beitrag zur Friedens- und Versöhnungsarbeit zwischen Deutschen und Polen zu leisten.

Wir freuen uns daher außerordentlich, dass es gelungen ist, mit Herrn Prof. Dr. Witold Kulesza den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Polens und zugleich Direktor der in Warschau ansässigen Hauptkommission zur Verfolgung von NS-Verbrechen und Verbrechen des Stalinismus für die Laudatio auf unseren diesjährigen Preisträger zu gewinnen.

### Die Preisverleihung

Die Preisverleihung findet statt am Mittwoch, den 16. Juli 2003 um 11 Uhr im Casino-Gebäude am IG-Farben-Haus (Gebäude des Fritz-Bauer-Instituts), Campus Westend der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt / Main.

Informationen zur Anreise sind in der Geschäftsstelle der HUMANISTISCHEN UNION erhältlich.

### Das Programm

Das Programm der Preisverleihung beginnt mit einer Begrüßung und Eröffnung durch Ingeborg Rürup, die stellvertretende Bundesvorsitzende der HUMANISTISCHEN UNION. Die Laudatio von Prof. Dr. Witold Kulesza und die Preisverleihung schließen sich an. Danach wird der Preisträger Dieter Schenk Gelegenheit zu einer Rede erhalten. Abschließend laden wir zu einem kleinen Empfang ein.

Nils Leopold

## Wechsel der Geschäftsführung

Zum 31. Mai 2003 hat Nils Leopold als Nachfolger von Tobias Baur das Amt des Bundesgeschäftsführers übernommen. Tobias Baur war seit Sommer 1997 Bundesgeschäftsführer und hat u.a. den Umzug von München nach Berlin und sodann den neuerlichen Umzug in Berlin in das heutige Haus der Demokratie und Menschenrechte mit allen damit zusammenhängenden Schwierigkeiten bewältigt. Als Vertreter der HUMANISTISCHEN UNION im Vorstand der Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte hat er maßgeblich den Kurs mitbestimmt und für die jetzige Konsolidierung dieses Menschenrechtshauses gesorgt. Sein gewinnendes Wesen ist allen, die mit ihm zu tun hatten, bekannt. Mit einem geradezu grenzenlosen Einsatz hat er sein Amt als Geschäftsführer wahrgenommen. Der Bundesvorstand dankt ihm herzlich für die geleistete Arbeit.

Mit Nils Leopold betritt kein Unbekannter die politische Bühne der HUMANISTISCHEN UNION. Auf der letzten Delegiertenkonferenz wurde er im Jahre 2001 in den Bundesvorstand gewählt. Vorher war er Mitglied des Landesvorstandes der HU in Berlin. Er ist gelernter Rechtsanwalt mit den politischen und beruflichen Schwerpunkten Datenschutz, Informationsfreiheitsgesetz, Videoüberwachung, die er auch im Bundesvorstand bearbeitet hat. Wegen seiner Auslandsaufenthalte und umfangreichen Sprachkenntnisse wird er auch den erneuten Versuch der HU gut unterstützen können, zunehmend auf europäischer Ebene tätig zu werden. Der Bundesvorstand ist sicher, eine gute Wahl getroffen zu haben.

Till Müller-Heidelberg

## 18. Delegiertenkonferenz in München

Nach vielen Jahren findet in diesem Herbst (13. bis 14. September 2003) wieder eine Delegiertenkonferenz in München statt. Alle Mitglieder, Interessierte und FreundInnen der HUMANISTISCHEN UNION sind wie immer ganz herzlich eingeladen, teilzunehmen! Die Delegiertenkonferenz bietet regelmäßig die beste Gelegenheit, die bundesweit verstreut lebenden Mitglieder persönlich kennen zu lernen, gemeinsam zu diskutieren und nicht zuletzt auch den künftigen Kurs der HU wesentlich mitzubestimmen: Denn die DK wählt den/die Bundesvorsitzende/n und den Bundesvorstand und gestaltet durch (auch satzungsändernde) Anträge die Politik der HU wesentlich mit. Tagungsort ist das Kultur- und Bildungszentrum Gasteig nahe

dem Deutschen Museum am Rosenheimer Platz (S-Bahn-Linien S1 und S8). Den Auftakt am Vorabend der Delegiertenkonferenz (12. September 2003) macht in diesem Jahr ein öffentlicher Vortrag vom Richter am Bundesverfassungsgericht Hassemer (angefragt).

Die nächste bereits Anfang August erscheinende Ausgabe der *Mitteilungen* wird dann die bis dahin eingegangenen Anträge zur DK enthalten. **Es wird gebeten, insbesondere bei satzungsergänzenden Anträgen die erforderliche Frist zu beachten: Redaktionsschluss der Augustausgabe ist bereits in der letzten Juliwoche (25. Juli 2003).**

## Ergebnis der Delegiertenwahl 2003

Wahlbeteiligung: 476 Stimmabgaben von 1182 Wahlberechtigten = 40,27 %; Ungültige Stimmen: 2

### Baden-Württemberg (5 Del.)

Wahlbeteiligung:	56 (42,42 %)
1. Udo Kauß .....	49
1.a Tobias Klaus .....	49
3. Irmgard Koll .....	48
3.a Johannes W. Neumann .....	48
5. Waltraut Balbarischky .....	47

### Bayern (6 Del.)

Wahlbeteiligung:	86 (42,36 %)
1. Wolfgang Killinger .....	80
2. Jennifer Clayton-Chen .....	77
3. Friedrich Nolte .....	76
4. Ulrich Fuchs .....	72
4.a Sophie Rieger .....	72
6. Gerhard Ramp .....	69

### Berlin (7 Del.)

Wahlbeteiligung:	72 (36,5 %)
1. Ingeborg Rürup .....	59
2. Roland Otte .....	58
3. Thymian Bussemer .....	51
4. Katharina Ahrendts .....	46
4.a Nina Helm .....	46
6. Katharina Rürup .....	43
7. Sigrid Kleinschmidt .....	39

### Ersatzdelegierte:

E1 Saskia Hoffmann .....	34
E1a. Fredrik Roggan .....	34
E3 Hen Rodis .....	10

### Brandenburg + Sachsen + Mecklbg.-Vorp. (1 Del.)

Wahlbeteiligung:	7 (77,77 %)
1. Volker Mueller .....	6

### Ersatzdelegierte:

E1 Helga Engel .....	1
----------------------	---

### Hamburg (1 Del.) + Schleswig-Holstein

Wahlbeteiligung:	40 (37,38 %)
1. Edith Wessel .....	40

### Wahlleitung:

Tobias Baur

### Wahlkommission:

Thymian Bussemer, Nina Helm, Roland Otte (Ersatzmitglieder: Katharina Ahrendts, Jürgen Roth, Sebastian Schiek)

Berlin, den 26.05.2003

### Hessen (5 Del.)

Wahlbeteiligung:	53 (43,08 %)
1. Klaus Scheunemann .....	39
2. Franz-Josef Hanke .....	38
3. Marei Pelzer .....	37
4. Peter Menne .....	30
5. Dragan Pavlovic .....	29

### Ersatzdelegierte:

E1 Karl Bergmann .....	20
E2 Hans Rink .....	18

### Niedersachsen + Bremen + Sachsen-Anhalt (2 Del.)

Wahlbeteiligung:	60 (40 %)
1. Gisela Fischer .....	57
2. Klaus Rauschert .....	52

### Nordrhein-Westfalen (7 Del.)

Wahlbeteiligung:	75 (38,46 %)
1. Hildegard Beine .....	55
2. Reinhard Mokros .....	53
2.a Norbert Reichling .....	53
4. Ursula Tjaden .....	51
5. Rudolf Ladwig .....	49
6. Steve Schreiber .....	48
7. Oliver Pape .....	45

### Ersatzdelegierte:

E1 Inge Mokros .....	35
E2 Notker Bakker .....	20

### Rheinland-Pfalz + Saarland (3 Del.)

Wahlbeteiligung:	24 (43,63 %)
1. Till Müller-Heidelberg .....	23
2. Elisabeth Kilai .....	22
3. Werner Huffer-Kilian .....	19

### Thüringen (1 Del.)

Wahlbeteiligung:	3 (60 %)
1. Peter Winterhoff .....	3

## Doch kein Gottesbezug im EU-Verfassungsentwurf

Nach gut 15-monatiger Arbeitszeit ist die Arbeit des europäischen Konvents für den Entwurf einer EU-Verfassung zu einem Ergebnis gekommen. Die 105 Konventsmitglieder, darunter auch sechs deutsche VertreterInnen, hatten zahlreiche zentrale Entscheidungen für das zukünftige Machtgefüge der EU zu treffen. Die Bedeutung politischer Entscheidungen der Europäischen Union für das Leben aller EU-BürgerInnen wächst weiter. Um so bedeutsamer ist es nun zu wissen, welche grundlegenden Rahmenbedingungen im Verfassungsentwurf des Konvents festgelegt wurden. Eine endgültige Unterzeichnung der EU-Verfassung durch alle – dann 25 – Mitgliedstaaten ist, nach weiteren Beratungen auf Regierungsebene, für Mai 2004 vorgesehen.

Besonders hohe Wellen geschlagen hatte auch verbandsintern die Diskussion um die Aufnahme eines Gottesbezuges in die Präambel der Verfassung.

### Bundesvorstand gegen Gottesbezug

Der Bundesvorstand hatte sich daher entschieden, genau wie bereits in der vor einigen Jahren geführten Debatte um die EU-Grundrechtecharta, erneut und eindeutig gegen einen expliziten

Gottesbezug Stellung zu beziehen. Damit unterstreicht die HU ihre über viele Jahre gewachsene Überzeugung von einer klaren Trennung von Staat und Kirche.

In persönlichen Anschreiben an die deutschen Mitglieder des Konvents hat sich deshalb der Bundesvorstand für die Unterstützung der bereits vom Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. ausgearbeiteten „Forderungen für die neue Verfassung Europas“ ausgesprochen. Darin wird unter anderem gefordert, „einen wie auch immer formulierten Bezug in der Präambel oder an anderer Stelle der Verfassung zu einem Gott oder vorrangig zu einer christlich-abendländischen Tradition Europas“ abzulehnen.

Die vom Konvent nunmehr verabschiedete Entwurfsfassung des zweiten Absatzes der Präambel lautet wie folgt: „Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte, die in Europas Erbe nach wie vor lebendig sind, die zentrale Stellung des Menschen und die Vorstellung von der Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie vom Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben (...)“

*Nils Leopold*

## Telefonüberwachung beschäftigt die Landesverbände

Nicht zuletzt aufgrund des kämpferischen Münchener Ortsverbandes ist es offenbar gelungen, zumindest vorübergehend eine erneute Verschärfung des bayerischen Polizeigesetzes (PAG) zu verhindern. Der Ortsverband München leitete den Parteien eine ausführliche und kritische Stellungnahme zu den einschlägigen Rechtsfragen zu.

### Bayern, Thüringen...

Die sogenannte präventive Telephonüberwachung war erstmalig im vergangenen Jahr in das Polizeirecht Thüringens eingeführt worden. Sie verstößt nach Auffassung der HUMANISTISCHEN UNION bereits aus kompetenziellen Gründen gegen die Verfassung und führt zu einer weiteren Aufweichung rechtlicher Bindungen bei polizeilichen Ermittlungen. Derzeit versuchen weitere Länder, mit populistischen Verschärfungen nachzuziehen. Die bayerische Landesregierung zog nun ihren unstrittenen Entwurf, offenbar angesichts der anstehenden Wah-

len, aber auch aufgrund heftiger Kritik nicht nur aus dem Bürgerrechtsspektrum zurück.

### ...Niedersachsen, NRW

Mittlerweile droht jedoch eine vergleichbare Regelung auch in Niedersachsen, wo ebenfalls ein verschärfender Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht wurde. Die HU Niedersachsen hat begonnen, den Widerstand gegen die dortige, noch weitaus umfangreichere Polizeigesetzneuerung zu organisieren.

Eine durch die schwankende rot-grüne Koalition in NRW geplante Verschärfung des Polizeigesetzes u.a. in Bezug auf Videoüberwachung und Rasterfahndung hat ebenfalls Zurückweisung durch ein breites Bündnis von BürgerrechtlerInnen, darunter die HU, erfahren.

Wer an weiteren Informationen zur Thematik interessiert ist, der wende sich entweder an die Bundesgeschäftsstelle oder an die genannten Regional-, Orts- oder Landesverbände.

*Nils Leopold*

## Gegen die Entwertung des Alter(n)s

Gegen eine Verweigerung medizinischer Hilfeleistungen für Seniorinnen und Senioren protestiert der HU-Ortsverband Marburg. Die Menschenwürde dürfe nicht wegen finanzieller Erwägungen eingeschränkt werden, erklärt HU-Mitglied Hans Rink. Mit einer Plakataktion hat der Rentner Mitte Juni in Marburg auf Debatten beim 1. Ökumenischen Kirchentag in Berlin aufmerk-

sam gemacht. Dort hatten „WissenschaftlerInnen“ vorgeschlagen, Menschen über 75 Jahren eine intensivmedizinische Behandlung künftig zu verweigern.

*Franz-Josef Hanke (HU-Ortsvorsitzender)*

### Mit Recht gegen Bespitzelung und Überwachung

#### Spätzle-Stasi

Einen wichtigen rechtlichen Erfolg kann Udo Kauß vom Freiburger Ortsverband der HUMANISTISCHEN UNION verbuchen. Ihm ist es gelungen, das Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württembergs dazu zu zwingen, sich zu einer heimlichen, vor zwölf Jahren(!) stattgefundenen monatelangen Bespitzelung eines Mandanten zu bekennen. Das LKA verweigerte diese Auskunft jahrelang und versagte dem Betroffenen damit die Mindestvoraussetzungen für die gerichtliche Klärung, ob die Bespitzelung damals überhaupt gerechtfertigt war.

#### Private Überwachung der Innenstädte

Ein Fall der ganz offenen alltäglichen Überwachung wird derzeit mit politischer Unterstützung der HUMANISTISCHEN UNION vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt. Dort klagt ein Journalist gegen die umfassende Videoüberwachung öffentlicher Gehwege durch private Unternehmen. Ziel des bundesweit den Charakter eines Musterprozesses tragenden Verfahrens ist es zu klären, inwieweit der allen BürgerInnen zustehende öffentliche Raum von angemessener Überwachung durch beliebige Private freizuhalten ist. Weitere Informationen zu dieser Klage gibt es in der HU-Geschäftsstelle.

*Nils Leopold*

### USA am Pranger – HU Marburg streitet für die Meinungsfreiheit

Als Erfolg wertet der HU-Ortsverband Marburg die einstimmige Erklärung des Marburger Stadtparlaments im Fall des Metzgermeisters Franz Becker. Sein auf fünf Plakaten erhobener Vorwurf, „Bush und Konsorten“ seien „Staatsterroristen“ ist nach Auffassung aller Marburger Stadtverordneten aus CDU, FDP, SPD, Grünen, PDS und einer Bürgerliste durch das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Die ortsansässige Staatsanwaltschaft hatte das anders gesehen: Beckers Plakate wurden beschlagnahmt und

man ermittelte gegen ihn trotz fehlender Strafanträge wegen Beleidigung eines ausländischen Staates und seiner Vertreter. Eines der inkriminierten Plakate kam den Justizbehörden in der Asservatenkammer abhanden. Außerdem fehlt den staatlichen Anklägern bis heute die für eine Strafverfolgung in diesem Fall nötige Unterschrift des Bundesaußenministers Joschka Fischer sowie eine Anzeige der US-Regierung.

*Franz-Josef Hanke*

### Grundrechte-Report 2003 erfolgreich präsentiert

Am 22. Mai 2003, dem Tag vor dem Verfassungstag, wurde die diesjährige Ausgabe des Grundrechte-Reports Presse und Öffentlichkeit präsentiert. Wie schon im vergangenen Jahr stand der Presse ein Podium von Expertinnen und Experten zur Verfügung, die zu Schwerpunktthemen des Grundrechte-Reports Auskunft gaben: Einleitend vermittelte Bundesvorstandsmitglied Dr. Jürgen Kühling einen Überblick über grundrechtsgefährdende Entwicklungen im letzten Jahr. Das Medienecho übertraf die Erwartungen der Herausgeberorganisationen – neben der HUMANISTISCHEN UNION wirken die Gustav-Heinemann-Initiative, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Bundesarbeitskreis Kritischer Juragrup-

pen, Pro Asyl, der Republikanische Anwälteverein und die Vereinigung demokratischer JuristInnen an dem Buchprojekt mit – bei weitem: Nicht nur in der überregionalen Tagespresse, sondern auch in der ARD-Tagesschau fand die Veröffentlichung des Grundrechte-Reports Beachtung.

Die VertreterInnen der HUMANISTISCHEN UNION in der Redaktion des Grundrechte-Reports hoffen, dass das Buch auch für die Mitglieder der HU eine anregende Lektüre und Inspiration bei ihrer politischen Arbeit darstellt – die wie in den Jahren zuvor vielleicht eine kleine Spende an die HU wert ist.

*Katharina Ahrendts* (Redaktion Grundrechte-Report)

### Tagung: Würdig sterben

Der Bundesvorstand der HUMANISTISCHEN UNION hat beschlossen, gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Humanistischen Verband eine Tagung zum Thema „Würdig sterben“ in der Humanistischen Akademie Berlin auszurichten. Die Tagung soll am 29. und 30. November 2003 stattfinden. Unter anderem sollen rechtliche Aspekte der Sterbehilfe, wie etwa die Frage nach einem verfassungsrechtlichen Anspruch

auf Sterbehilfe und Fragen der Gestaltung von Patientenverfügungen beleuchtet werden.

Neben ethischen und juristischen Aspekte sollen auch die praktischen Fragen der Durchsetzung des Patientenwillens Gegenstand der Tagung sein.

*Nils Leopold*

### Informationsfreiheitsgesetz muss zügig verabschiedet werden!

Seit 1998 kündigte die rot-grüne Bundesregierung bereits mehrfach an, ein Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene realisieren zu wollen. Damit würde erstmals die Arbeit der Bundesbehörden ein Stück weit offener und transparenter: Denn Informationsfreiheitsgesetze sichern den voraussetzungslosen Zugang von Bürgerinnen und Bürgern zu den Akten der staatlichen Verwaltung.

Einige wenige Bundesländer verfügen bereits über derlei Gesetze, so NRW, Schleswig-Holstein, Brandenburg und -Berlin. Eine aktuelle, ausführlich kommentierte und erläuterte Ausgabe des NRW-Gesetzes bietet das Bildungswerk der HU, NRW an (dort zu beziehen).

Aber noch ist es nicht so weit: Innerhalb der Regierung findet offenbar ein heftiges Tauziehen um die Gestaltung des Geset-

zes statt. Angekündigt wurde ein Entwurf für den Herbst diesen Jahres.

Die HU – seit 1980 engagiert mit der Thematik befasst – fordert, endlich das unwürdige Theater zu beenden und umgehend eine Regelung zu schaffen. Allerdings eine, die ihren Namen tatsächlich auch verdient. Keinesfalls darf es zu einer bloß symbolischen Regelung kommen, der es aufgrund von zahllosen Ausnahmeregelungen an Effektivität mangelt und die den derzeit vorhandenen politischen Wind zugunsten von mehr Demokratie und Transparenz staatlichen Handelns letztlich ungenutzt verpuffen lässt.

Die HU ist Teil einer gemeinsamen Initiative mit *Netzwerk Recherche* und *Transparency International*, deren Presseerklärung nachstehend dokumentiert wird.

### Gemeinsame Presseerklärung der Organisationen *Netzwerk Recherche*, *Transparency International* und HUMANISTISCHE UNION vom 27. Mai 2003

Die Einführung eines allgemeinen Akteneinsichtsrechts in Deutschland ist überfällig, nachdem es über zwei Legislaturperioden hinweg verschleppt wurde. Deshalb haben mehrere Organisationen beschlossen, sich künftig gemeinsam für diese Reform stark zu machen. Der Journalistenverband „Netzwerk Recherche“, die Bürgerrechtsorganisation „Humanistische Union“, und „Transparency International“, die Koalition gegen Korruption, wollen sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass das im Koalitionsvertrag angekündigte Informationsfreiheitsgesetz auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Am Ende der vorigen Legislaturperiode war ein Entwurf des Innenministeriums am Widerstand der Ministerialbürokratie gescheitert.

Mit dem bundesweiten Informationsfreiheitsgesetz (IFG) würde sich Deutschland endlich vom Prinzip des „Amtsgeheimnisses“ verabschieden, nach dem alle Unterlagen der Verwaltung grundsätzlich internen Charakter haben, und stattdessen das Prinzip der Öffentlichkeit der Verwaltung einführen. Jeder Bürger hätte nach dem IFG ein Akteneinsichtsrecht, unabhängig von seiner persönlichen Betroffenheit und ohne dass eine besondere Begründung erforderlich wäre. In nahezu allen Industrieländern gibt es bereits solche Transparenzverpflichtungen, und auch vier deutsche Bundesländer haben mit dem Akteneinsichtsrecht sehr gute Erfahrungen gemacht. Trotzdem hält der Bund bisher an der Geheimniskrämerei fest.

Christoph Bruch vom Berliner Landesvorstand der Humanistischen Union sieht die Bundesregierung in der Pflicht, endlich den Anschluss an internationale Standards wiederzugewinnen:

„Weil mündige Bürger den Staat kontrollieren sollten, und nicht der Staat seine Bürger, fordert die Humanistische Union seit den 80er Jahren ein IFG für den Bund und die Länder. In der Beschränkung politischer Kontrollmöglichkeiten auf Mandatsträger kommt ein antiquiertes Demokratieverständnis zum Ausdruck.“

„Ein allgemeines Akteneinsichtsrecht stärkt nicht nur die demokratische Mitwirkung, es ist auch ein wirksames Mittel zur Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft“, betont Reinold E. Thiel von Transparency International/Deutsches Chapter. „Auch aus diesem Grunde ist es an der Zeit, dass die Ankündigungen aus der Koalitionsvereinbarung endlich in die Tat umgesetzt werden“, so Thiel.

Die beteiligten Organisationen wollen sich als erstes auf Mindestanforderungen an ein allgemeines Akteneinsichtsrecht verständigen und streben an, einen eigenen Gesetzentwurf auszuarbeiten. „Momentan arbeitet die Ministerialbürokratie daran, sich selber mehr Transparenz zu verordnen. Dass ein solches Projekt nicht gerade mit Herzblut vorangetrieben wird, ist deshalb naheliegend“, bilanziert Manfred Redelfs vom Netzwerk Recherche den bisherigen Verfahrensstand. „Damit die deutsche Verwaltung sich endlich von obrigkeitstaatlichen Resten befreit, ist es offenbar erforderlich, dass die Öffentlichkeit den Druck verstärkt. Wenn die Verwaltung kein weitreichendes, modernes und für jeden Bürger verständliches Akteneinsichtsrecht zustande bringt, müssen wir ihr offenbar dabei helfen“, erläutert Redelfs die Zielsetzung der Initiative.

## Die Philosophie hat ihre Schuldigkeit getan

Die „Mutter der Wissenschaften“ und ihre Jünger haben sich von ihrer ‚Liebe zum Geistigen‘ verführen lassen; Liebe macht blind! Zwar haben die Philosophen nach und nach die Theologie, die Erforschung des Göttlichen überwunden. Und Kant, der ‚große Zermalmer‘, hat nachgewiesen, dass die Gottesbeweise nicht beweiskräftig sind. Aber alle Philosophen haben statt theologischer Gedankengebäude anscheinend den weltlichen Glauben erfunden. Sie bauen, wie die Gottesverkünder auf Worte. Die Philosophen haben sich in ihrer Beschränkung auf Worte wie die Theologen in die Ausdeutung des Jenseitigen verstrickt, in Transzendenz oder Metaphysik. Sie beharren darauf, dass ihre Begriffe eine größere wissenschaftliche Bedeutung haben als erfahrungswissenschaftliche Erklärungen. Bei der Begründung ihrer Begriffe und Sätze vermeiden sie seit etwa 80 bis 100 Jahren geflissentlich, ihre Worte mit der logischen Analyse der Sprache zu prüfen.

### Wundertüte der Metaphysik

Das Ergebnis, ihre Scheinaussagen sind für Ideologen und Politiker sehr nützlich. Einige der als Wissenschaft verkauften Scheinbegriffe aus der Wundertüte der Metaphysik sind etwa Freiheit oder Sozialismus, Innovation und Gerechtigkeit, deutsche Leitkultur (Merz), nationale Identität (Thierse), Solidarität, Demokratie, Wahrheit, das Gute und das Böse, Bildung, Ethik, Recht und Rechtsstaat; das sind alles Worte, an die sich trefflich glauben lässt.

Damit werden jedoch Denkbehinderungen und Torheit verbreitet, wenn diese Begriffe als Schlagwörter gebraucht werden. Solange das Bedeutungsfeld solcher Ausdrücke nicht eingeschränkt wird, werden sie wie Standarten vor den gläubigen Toren hergetragen. Die großen Worte sprechen das Gefühl und den Glauben an und schalten den Verstand fast aus. Aus Wörtlichnehmern werden Fundamentalisten, aber auch Terroristen.

### Auf dem Sockel der Selbsttäuschung

Wer sich nicht darum bemüht, dass seine Sprache einen Facharbeiter, einen Taxifahrer, eine Verkäuferin, einen Hausmeister oder einen Berufsschüler, kurz - die Mutter im Hause und den Mann auf dem Marke (Martin Luther) erreicht und so anspricht, dass alle diese Menschen aus dem Volke - das ist die überwiegende Mehrheit - das verstehen, der stellt sich auf einen Sockel und täuscht sich auf lange Sicht selbst. Weil eine solche Verhaltensweise eine verbreitete Übung der meisten Politiker und „Gebildeten“ ist, die auf viele faule Rechtfertigungen gestützt werden kann, wird der lange Marsch durch das Tal der Illusionen so bald nicht enden.

### Wissenschaft ohne Fesseln

Meine Freunde und ich treten für eine Wissenschaft ohne Fesseln ein. Das ist eine Wissenschaft ohne autoritäre Vorgaben, ohne metaphysische, also ohne theologische, philosophische oder ideologische Grundlagen. Eine solche Wissenschaft ist allein die Erfahrungswissenschaft. Diese löst seit etwa 1850 die Naturwissenschaft ab, die Naturgesetze suchte. Die Erfah-

rungswissenschaften beschreiben bedingte Regelmäßigkeiten. Der Begriff Naturgesetz ist ein Zirkelschluss. Die Relativitätstheorie kann Naturgesetze und andere absolute Erkenntnisse nicht bestätigen. Das überkommene Wort Wissenschaft ist nicht geschützt und wird gläubig und unkritisch oder auch fahrlässig und bewusst zur Täuschung eingesetzt. Selbst die in Metaphysik verstrickten Philosophen halten sich seit der Antike für Wissenschaftler. Das war richtig, mindestens bis Kant, längstens bis zur Kritik Russells, Wittgensteins und Carnaps vor etwa 100 Jahren.

### Philosophie an die Glaubenshochschule!

Jaspers und andere Philosophen haben die Erfahrungswissenschaften ausdrücklich abgelehnt und sich mit ihrer weltfernen Erkenntniskritik begnügt. Die Schüler Hegels, Heideggers und Adornos arbeiten bis heute mit Scheinbegriffen aus dem Gedankenreich der Transzendenz oder Metaphysik und begründen damit ihre Scheinsätze - ohne an die heute unerlässliche logische Analyse ihrer Sprache zu denken.

Demgemäß ist die Philosophie seit vielen Jahrzehnten eine Glaubenslehre, die auf die Ausdeutung von Worthülsen setzt. Sie gehört als Scheinwissenschaft gemeinsam mit der Theologie an eine Glaubenshochschule, heute aber nicht mehr an eine Universität. Die beiden Verhaltensregulierungen Ethik und Recht sollten gemeinsam an einer Fakultät vertreten werden. Sie haben die gleiche Entstehungsgeschichte und stimmen in den meisten Begriffsmerkmalen überein.

### Im Weg: Die Kaste der Gebildeten

Nach den Erfahrungen mit Ideologien bin ich darauf bedacht, das sprachlich weniger gebildete Volk mit seinen Dialekten und seiner Umgangssprache nicht abzuwerten, wie das die Kaste der Gebildeten übt. Für Aufklärung und politische Mündigkeit möglichst vieler Menschen setze ich mich ein. Die Staatsgewalt des Volkes ist für mich ein Fernziel, das von der Klasse der Politiker und von der Kaste der Gebildeten behindert wird. Beide Gruppen haben dank ihrer Herrensprache das Sagen in der Gesellschaft. Für einen auf die Staatsgewalt des Volkes zu bauenden Rechtsstaat mit besserer Gewaltenteilung als heute werbe ich. Der Glaube an den schönen Schein der repräsentativen Demokratie führt in die Irre. Die derzeitige Verfassung unserer blockierten Republik und die Verfassungswirklichkeit sind Hindernisse, die derzeit nicht überwunden werden können.

### Den Ideologien die Giftzähne ziehen

Doch nach der Entwicklung seit der Renaissance sind die langfristigen Aussichten nicht hoffnungslos; denn die widerborstigen Europäer haben seit Jahrhunderten bis heute in vielen Nachbarstaaten und hier den Ideologien die Giftzähne (noch nicht alle!) gezogen und bisher allen allzu mächtigen Gewaltherrschern nach einer Weile der Bedrückung und Besinnung immer wieder das Handwerk gelegt.

Konrad Schmidt

## Aus den Landesverbänden

### Landesverband Berlin

Landesgeschäftsstelle der HU im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin  
Telefon: 030 - 204 25 04 (Mo 10-15 Uhr und Mi 16-20 Uhr)  
e-mail: post@hu-bb.de, Internet: www.hu-bb.de

Sitzungen alle zwei Wochen mittwochs um 19.00 Uhr

### Bildungswerk der HU NRW

Kronprinzenstr.15, 45128 Essen, Tel. 0201-22 79 82  
Fax 0201-23 55 05, e-mail: buero@hu-bildungswerk.de,  
Internet: www.hu-bildungswerk.de

### Ortsverband Essen / Landesverband NRW

Kronprinzenstr.15, 45128 Essen, Tel. 0201-22 89 37  
E-Mail-Adresse: hu-nrw-essen@hu-bildungswerk.de, Internet:  
www.hu-bildungswerk.de

Der HU-Landesverband hat eine Stellungnahme zur Polizeigesetz-Novellierung NRW erarbeitet.

### Ortsverband Düsseldorf

c/o Hildegard Beine, Bankstr. 42, 40476 Düsseldorf  
Telefon: 0211 - 68 35 24

Treffen jeden zweiten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Bürgerhaus „Salzmannbau“, Himmelgeister Str.107, Düsseldorf

### Ortsverband Frankfurt / Main

c/o Peter Menne, Speyerstr. 16, 63065 Offenbach,  
Tel. 069 - 8 00 47 17, peter\_menne@t-online.de  
Schatzmeister: Klaus Scheunemann, Wilhelm-Busch-Str. 45,  
60431 Frankfurt, Tel. 069 - 52 62 22

Mittwoch, 16. Juli, 11 Uhr: Festakt zum 100. Geburtstag von Fritz Bauer und Verleihung des Fritz-Bauer-Preises der HU an den Polizeiexperten Dieter Schenk im IG-Farben-Haus der Uni Frankfurt a. M.

### Landesverband Hamburg

c/o Hauke Borchert, Tel. 040 - 7 39 51 34

### Raum Mainz-Wiesbaden

c/o Joachim John, Sedanstraße 7, 65183 Wiesbaden,  
Tel. 06 11 - 40 61 24, Telefax: 01212 - 5 10 98 15 74

### Ortsverband Marburg

c/o Franz-Josef Hanke, Furthstr. 6, 35037 Marburg  
Tel. 0 64 21 - 6 66 16, e-mail: ortverband@hu-marburg.de,  
Internet: www.hu-marburg.de

Treffen am 29. Juli in der Pizzeria „Santa Lucia“ ab 20 Uhr in der Deutschhausstr. 35

Gemeinsames Treffen mit dem IBKA (Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten) jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 19.15 Uhr in der Pizzeria „Santa Lucia“ in der Deutschhausstr. 35, Marburg.

Der Diskussionskreis „Humanismus, Bürgerrechte, Friedensarbeit“ hat eine Mailingliste (Eintrag über rink@hu-marburg.de oder <http://www.hu-marburg.de/hbf>)

### Landesverband Niedersachsen

c/o Ute Kühling, Lister Str. 21 30163 Hannover oder Klaus Rauschert, Akazienweg 13, 31832 Springe, Tel. 05041-8369

### Regionalverband Nordbayern / Ortsverband Nürnberg

c/o Irene Maria Sturm, Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf,  
Tel. 0 94 31 - 4 23 48 (Fax -42954), e-mail: i.sturm@sadnet.de  
oder Sophie Rieger, Günthersbühlerstr. 38, 90491 Nürnberg,  
Tel. 09 11 - 59 15 24.

### Regionalverband München

c/o Wolfgang Killinger, Paul-Hey-Strasse 18, 82131 Gauting,  
Tel. 089 - 850 33 63, FAX 089/ 89 30 50 56,  
(Neue) E-mail humanistische-union@link-m.de  
Internet: <http://www.humanistische-union.de/suedbayern>

Sommerfest an der Isar: Samstag, den 5. Juli 2003, ab 15 Uhr im Gasthof zum Bruckenfischer in Egling (bei Kloster Schäftlarn). Geboten wird Gespräch und Manöverkritik sowie die GRÄGS mit Johannes Glötzner – bringen Auszüge aus dem Voltaire-Programm. Näheres dazu über den RV-Mch-Südbayern direkt.

### Bildungswerk der HU Bayern e.V.

Enhüber-Treff - Zentrum für Humanismus, Soziale Dienste, Kunst und Wissenschaft, Enhüberstr. 9, 80333 München  
Infos zu Büchern, Treffen und Terminen des Bildungswerks der HU Bayern über Johannes Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing Tel. 089 - 8 54 26 09

## Veranstaltungshinweis

Fachkonferenz „Das rechte und das linke Auge“ - zur juristischen Aufarbeitung von NS-Staat und DDR.

Veranstalter Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem **Forum Justizgeschichte** (u.a. Helmut Kramer)

Zeit und Ort: 28./29. August 2003 im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17 in 10785 Berlin

Informationen unter [www.forum-justizgeschichte.de](http://www.forum-justizgeschichte.de) oder [www.fes.de](http://www.fes.de) (Genauer Programmablauf ist noch in Arbeit)

# Neue Internetseiten online!

## Zukunft der HU gestalten

Seit Mai diesen Jahres verfügt die Bundes-HU über ein runderneutes, modernes Informationsangebot im Internet. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger informieren sich und kommunizieren über das weltweite Computernetz. Nicht mehr nur jüngere Mitglieder und Interessierte an bürgerrechtlichen Themen bewegen sich im nicht mehr ganz neuen Medium des Internet. Gerade für eine mittelgroße, ehrenamtlich und doch bundesweit arbeitende HU wird es daher zunehmend wichtig, zumindest im Netz gut sichtbar zu sein und die darin liegenden Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen.

## Vielfältiges Angebot

Seit Mai diesen Jahres ist es nun geschafft: ein neues, überarbeitetes Informationsangebot repräsentiert die Bundes-HU im Netz und die Resonanz ist bislang durchweg positiv. Zu verdanken haben wir dieses im Vergleich der Bürgerrechtsorganisationen erkennbar vielfältigste und solide Angebot dem Einsatz insbesondere unserer Mitglieder Oliver Pape und Sebastian Schiek, die in vielen Stunden ehrenamtlicher Handarbeit die Seiten zusammengesetzt haben.

## Möglichkeiten

Die neuen Seiten bieten die Möglichkeit laufender Aktualisierung aus der Bundesgeschäftsstelle. Auf den Seiten können sich Mitglieder und Interessierte für einen im Aufbau befindlichen Nachrichtenticker eintragen. In einem für die Mitglieder eingerichteten internen Forum können zeitnah HU-Veröffentlichungen und Dokumente eingesehen sowie direkt mit anderen Mitgliedern kommuniziert und eine Zusammenarbeit beispielsweise in Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen organisiert werden. Der Zutritt zu diesem internen Forum erfolgt über die Eingabe des Namens sowie die HU-Mitgliedsnummer. Natürlich sind die Seiten erst ein Anfang. Unsere Internetspezies wie auch die HU-Geschäftsstelle freuen sich deshalb über alle Fragen, Wünsche, Anregungen und Verbesserungsvorschläge zu den neuen Seiten. Nach meinem Eindruck ist hier eine spannende Plattform für eine lebhafte und lebendige Nutzung der Möglichkeiten des Internet geschaffen worden. Alles weitere findet sich unter [www.humanistische-union.de](http://www.humanistische-union.de) - schaut doch mal rein!

## E-Mailadresse der Mitglieder wichtig

Neben der Erneuerung des Internetangebots bieten auch E-Maildienste Verbesserungsmöglichkeiten für unsere Verbandsarbeit. Im Aufbau ist ein Newsletter, der laufend aktuelle und wichtige Informationen aus der Perspektive der Bürgerrechte zusammenstellt und an Mitglieder wie Interessierte weitergibt. Außerdem können die Mitteilungen als Datei an diejenigen versandt werden, die dies wünschen. Damit wird Geld für die politische Arbeit frei. Voraussetzung für diese Pläne sind die E-Mailadressen möglichst vieler Mitglieder. Wir bitten deshalb um eine kurze Nachricht – siehe nebenstehender Fragebogen!

*Nils Leopold*

Deutsche Post AG – Postvertriebsstück A 3109 F – Entgelt bezahlt  
Humanistische Union e. V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

### Impressum

Verlag: Humanistische Union e. V.  
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Telefon: 030 - 20 45 02 56 Telefax: 030 - 20 45 02 57  
[www.humanistische-union.de](http://www.humanistische-union.de)  
e-mail: [info@humanistische-union.de](mailto:info@humanistische-union.de)

Redaktion, Satz: Nils Leopold  
Diskussionsredaktion: Franz Josef Hanke  
Furthstraße 6, 35037 Marburg,  
e-mail: [diskussionsredaktion@hu-marburg.de](mailto:diskussionsredaktion@hu-marburg.de)

Für den Inhalt der namentlich gezeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Kürzungen bleiben der Redaktion vorbehalten.

Bankverbindung: SEB AG, BLZ 100 101 11, Konto-Nummer 1988 66 98

Druck: hinkelstein druck, Berlin  
Erscheinungsweise der Mitteilungen: vierteljährlich  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31. Mai 2003  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 25. Juli 2003

ISSN 0046-824X

### Angaben E-Mail

Name

Geburtsdatum

Beruf

Tel (pr)

Tel (ges)

Fax (pr)

Fax (ges)

### e-mail

weitere e-mail

*Verteiler (weitere Verteiler im Aufbau)*

◇ Info Bund (u. a. Pressemitteilungen)

◇

◇ Info Berlin (u. a. Pressemitteilungen)

◇

◇ Veranstaltungseinladungen Bund

◇

◇ Veranstaltungseinladungen Berlin

◇

◇ Newsletter Bund